

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verleger: Cammermeyer 25 241  
Für die Redigierten: 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5,00, —  
Stanznummer M. 30, —, Spantagozengabe M. 40, —  
Die Spaltweite 12 mm breite Zeile M. 75, —, außerhalb Dresden M. 100, —, Fernmit-  
teilungen und Gläubigerliste unter Beschl. über mehrere Abgaben M. 30, —  
Vorzugsgebühr bei Carl. Kaiserliche Druck- u. Verlagsanstalt.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung  
Markenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von E. Pfeil & Neidhardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlegers. — Unvollständige Adressen werden nicht angenommen.

## Bücher · Bibliotheken

Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft  
**Buchhandlung v. Zahn & Jaensch**  
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

## BANKHAUS HERMANN SCHULZ,

Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:  
14028, 14034, 14038 12 Schreiberstraße 12 Fernverkehr 20804  
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

## Konditorei u. Café

STREHLER UHLICH 2 MINUTEN VOM  
HAUPTBÄHNHOF  
Hervorragendes Konditorei-Büfett

## Eine „vorsätzliche“ Verfehlung Deutschlands!

**Augeblick unangeführte Holzlieferungen — Braburn in der Repko überstimmt —  
Freie Bahn für Frankreichs Gewaltpläne.**

### Frankreich glaubt sich am Ziele.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
Paris, 27. Dez. Eine unerwartete bedeutsame Ent-  
scheidung, die die Reparationskommission gekoren  
getroffen hat, kann die Reparationsfrage in ein neues  
Stadium treten lassen. Die Reparationskommission tagte  
gestern bis in die späten Abendstunden und beendete, wie  
„Journal“ mitteilt, die Beratung über die deutschen  
Holzlieferungen. Man erfährt, daß es zu einer lebhaften  
und langwierigen Auseinandersetzung zwischen  
Barthou und Sir John Braburn gekommen sei,  
nachdem Barthou verlangt habe, die Reparationskom-  
mission solle die „vorsätzliche Verfehlung Deutschlands“  
feststellen. Der englische Delegierte Braburn widerlegte  
sich diesem Antrag. Endlich griff der italienische Vertreter  
d'Ameglio in die Debatte ein und unterkühlte die For-  
derungen Barthous, die er allerdings in einigen Punkten  
abzumildern versuchte. Er bemerkte jedoch, daß anlässlich  
der Festsetzung der Holzlieferungen seinerzeit Deutschland  
mitgeteilt worden sei, daß die Richtausführung der  
Lieferungen zur Anwendung wirtschaftlicher  
Sanktionen führen werde. Die französischen Dele-  
gierten erzielten schließlich eine Mehrheit von drei Stim-  
men gegen die eine des englischen Delegierten Braburn,  
womit eine Erklärung angenommen wurde, daß Deutsch-  
land mit seinen Holzlieferungen „vorsätzlich“ im Verzuge sei.

### Frankreichs erste Schritte zur Ausübung der „Verfehlung“.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
Paris, 27. Dez. Die Nachricht, daß die Reparations-  
kommission in ihrer gestrigen Sitzung eine Verfehlung  
Deutschlands bei Ausführung der Holzlieferungen fest-  
gestellt hat, wird nunmehr bekräftigt. Die im Verfall  
vertragsmäßig vereinbarte Abnahme an die alliierten Re-  
gierungen über die Holzlieferung ist bereits in Form von  
vier Briefen an die französische, englische, belgische und  
italienische Regierung abgegangen. Die alliierten Rege-  
rungen treten nunmehr gemäß den Artikeln 17 und 18 des  
Teils III des Friedensvertrags in Erwägungen darüber  
ein, welche Sanktionen Deutschland gegenüber zu er-  
greifen sind.  
Wie der „Temps“ in einer schätzbaren offiziösen Meldung  
mitteilt, wird die französische Regierung die Maßnahmen  
vorbereiten, die sie durch die jetzigen Umstände für geboten  
erachtet. Poincaré wird die von der französischen Rege-  
rung getroffene Entscheidung der am 2. Januar in Paris  
tagenden Konferenz der Alliierten vorlegen, und zwar un-  
abhängig von den Vorschlägen, die zur allgemeinen Rege-  
lung der Reparationsfrage gemacht werden sollten. Da  
diese Maßnahmen, so führt der „Temps“ fort, insbesondere  
dadurch begründet werden, daß die Holzlieferungen an  
Frankreich nicht genügt haben, wird der Ministerpräsident  
die Alliierten anfordern, die Ausführung der Beschlüsse ge-

meinsam vorzunehmen. Sollte dieser Aufforderung aber  
nicht entsprochen werden, dann werde er die be-  
schlossenen Maßnahmen allein durchführen  
auf Grund des Rechts, daß der Artikel 18 den respektiven  
Regierungen gibt.

### Ein angeblicher französischer Plan zur Ausbeutung des linken Rheinufers.

Paris, 27. Dez. „Matin“ veröffentlicht mit Bestimm-  
theit, der französische Plan zur wirtschaftlichen  
Ausbeutung des linken Rheinufers im Zu-  
sammenhang mit der Errichtung einer Zollbarriere zwischen  
dem Rheinlande und dem Ruhrgebiet einerseits und dem  
übrigen Deutschen Reich andererseits sei in allen Ein-  
zelheiten ausgearbeitet. Die Intervention des  
Ministers sei dabei nur insoweit vorzuziehen, als dies zum  
Besten der für die Erhebung der Zölle und für die Kon-  
trolle des deutschen Staatseinkommens bestimmten Beamten  
notwendig sei.

### Belgien lehnt ein garantieloses Moratorium ab.

Brüssel, 27. Dez. (Agence Belge.) Im Senat erklärte  
der Minister des Äußeren Jaspar im Hinblick auf die  
Anfang Januar in Paris stattfindende Konferenz: Es ist  
unmöglich, Deutschland ein einfaches Moratorium ohne  
Garantien zu gewähren. Die belgische Regierung  
wird dem nicht zustimmen. Hinsichtlich der Garan-  
tien möge der Senat dem Ministerpräsidenten und mir Ver-  
trauen entgegenbringen. Kein Vetter einer alliierten Re-  
gierung hat sich über diesen Punkt genau auslassen wollen.  
Ich würde gegen die Pläne meines Amtes verstoßen,  
wenn ich nicht ebenso Sanktionen beobachtete. Wir meinen  
dem den größten Wert, daß die Maßnahmen, die in  
Paris getroffen werden, auf Grund eines Abkommens  
zwischen allen Gläubigern beschlossen werden.  
Die Pariser Konferenz erscheint in einer günstigen Atmo-  
sphäre. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, auf ihr eine  
Regelung zu treffen, welche die internationalen Eintracht  
und die Lage aller Gläubiger Deutschlands sichert.

### Ein italienischer Reparationsvorschlag.

Paris, 27. Dez. Dem „Feuille Journal“ zufolge hat der  
italienische Vertreter in der Reparationskommission  
d'Ameglio vorgeschlagen, daß Deutschland eine  
Zwangsanleihe auslege, deren Ertrag zur Stabilis-  
sierung der Mark und zur Reparation verwendet werden  
soll. (S. T. B.)

### Frankreich und die verweigerten Holzlieferungen.

Berlin, 27. Dez. Zu den Aufkündigungen über neue  
französische Noten an Deutschland wird von einer Berliner  
Korrespondenz mitgeteilt, daß die französische Regierung  
trotz der Angelegenheit der Stillstande in der Holz-  
lieferung, die die Behauptung der Reichs-  
regierung, Deutschland brauche keine Sicherstellungen selbst,  
sei eine Unwahrheit. Diese Erklärung laufe nur darauf  
hinaus, Deutschland von allen Lieferungen zu befreien. In  
der Frage der Holzlieferungen dürfe man Deutschland da-  
gegen nur eine Mahnung ausgeben lassen.

## Industrie und Reparationen.

Berlin, 27. Dez. Der „Berl. Vol.-Anz.“ weist von neuem  
darauf hin, daß die Industrie bereit sei, die Regierung  
in jeder Weise zu unterstützen, insbesondere an allen Pro-  
blemen zur Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft mitzu-  
arbeiten. Sie halte aber die Maßnahmen für zwecklos, wenn  
nicht gleichzeitig damit eine Intensivierung der Arbeits-  
leistung zur Vermehrung der Produktion ver-  
bunden werde. Ebenso halte die Industrie daran fest, daß  
die Reparationsfrage endgültig gelöst werden  
müsse. Laut „Vol.-Anz.“ soll in einer Gesprächsrede, an  
der der Reichszugler und die wichtigsten Wirtschafts-  
teilnehmer teilnehmen, einen Plan ausgearbeitet, der  
nach Genehmigung durch das Gesamtkabinett in Paris über-  
reicht werden soll.

## Die Ausarbeitung neuer deutscher Vorschläge.

Berlin, 27. Dez. Von unternichteter Seite wird darauf  
hingewiesen, daß die Vorgesprächen im engeren Kabinett  
über die Reparationsfrage bereits eine entscheidende  
Bedeutung besitzen, da sie, schätzte auf die Gutachten der  
Sachverständigen, den Vorschlägen, die die deutsche Regierung  
der Pariser Konferenz machen wird, ihre endgültige Form  
geben sollen. Sobald der Reichszugler und die zuständigen  
Reparationsminister ihre Arbeit beendet hätten, werde sich noch  
das Gesamtkabinett mit der Frage eingehend beschäftigen.  
Dies dürfte Ende dieser Woche der Fall sein. In welcher  
Form und wann die Vorschläge der deutschen Regierung, die  
auf eine definitive Regelung der Reparationsfrage hinaus-  
laufen, übergeben würden, lasse sich zurzeit noch nicht sagen.  
In der Tagesmeldung aus Berlin, daß Reichszugler Cuno  
am 21. Dezember in Paris eine Denkschrift vorlegen werde,  
nach der die industriellen, finanziellen, landwirtschaftlichen  
und Handelskreise Deutschlands bereit wären, die Garantie

für eine Anleihe zu übernehmen, falls die Reparations-  
schuld Deutschlands reduziert und ein Moratorium für  
mehrere Jahre bewilligt würde, wird mitgeteilt, daß diese  
Meldung unrichtig sei. Die Tatsachen voranzuführen.  
Das Reichskabinett habe noch gar nicht endgültig darüber  
Bescheid gefaßt, welche Vorschläge nach Paris übermittelt wer-  
den sollten. Es sei allerdings anzunehmen, daß der Reichs-  
zugler auf eine Lösung in einer ähnlichen Form hin-  
arbeiten und daß die Industrie bereit sei, die Garantie für  
eine Anleihe zu übernehmen, wenn die Voraussetzungen  
hierfür gegeben seien.

### Stinnes und Poincaré in französischer Behandlung.

Paris, 24. Dez. Von französischer Seite wird eine  
Nachricht verbreitet, die ganz ohne Zweifel auf Stimmung-  
sache ausgeht und die folgendes besagt: „Die Ver-  
sprechungen zwischen dem Komitee der Stinneswerke und  
den Agenten von Stinnes sind unterbrochen worden, aber nichts  
deutet darauf hin, daß sie nicht noch einmal aufgenommen  
werden. Die Beharrlichkeit, mit der Hugo Stinnes darauf  
besteht, nach Paris zu kommen, wo er, wie es scheint, eine  
Unterredung mit Poincaré zu haben wünscht, zeigt, wie sehr  
Stinnes die Befreiung des Ruhrgebietes  
fürchtet.“  
Es tut der französischen Öffentlichkeit wohl, es so darzu-  
stellen, als ob Herr Stinnes hinter Poincaré herläufe.

### Sturz der Mark an der Pariser Börse.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
Paris, 27. Dez. Infolge der Entschädigung der Repko  
hat die Mark an der heutigen Pariser Börse einen  
heftigen Einbruch erfahren.

**Dollar (Amtlich): 737,50**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7475

## Der neue Sparkurs.

Die Sparmedie ist seit der Revolution in allen Tou-  
arten gespielt worden, allerdings mit recht negativem Er-  
folge, denn sie findet taube Ohren, solange man die „Er-  
rungenschaften der Revolution“ und die parteipolitisch  
dittierte Neigung zur Heberorganisation in Wirtschaft und  
Sozialpolitik über das Gemeinwohl stellt und keine  
starke Regierung zielbewußt einrichtet. Die Sparaktion des  
früheren Finanzministers Carl ist an dem Widerstand der  
Rechtsen gescheitert, Groeners viel erörterter Finanz-  
und Arbeitsgesetz für die Eisenbahn infolge des Widerstandes  
der Gewerkschaften im Sande verlaufen, und die von den  
Deutschen Volkspartei bei der Zustimmung zur Spa-  
nanteile geforderten Spargarantien liegen bis heute un-  
erörtert in den Aktenordnungen der Regierung. Wenn nun  
aber jetzt die Regierung Cuno mit umfangreichen Spar-  
plänen bei der Post und Personalverminderungsabsichten  
bei der Eisenbahn hervortritt, so kann man niemand eine  
gewisse Skepsis verargen, da gerade der Dezember und der  
Januar Marksteine einer uns Ungemessene steigenden  
Tarifpolitik geworden sind und noch werden sollen. Daß  
hier gespart werden muß, liegt auf der Hand, es darf aber  
auch nicht verkannt werden, daß sich der Beamtenstand, die  
sich der Einsicht in die Notwendigkeit entscheidender Schritte  
keineswegs verschließt, anlässlich des mit reichlich viel Ge-  
wärtig angedeuteten Personalabbaues bei der Eisenbahn  
eine allerdings nicht berechnete Unruhe bemächtigt hat.

Eisenbahn und Post, neben deren Stellenziffern im Etat  
die Erfordernisse der Reichsverwaltung klein erscheinen, sind  
seit dem Kriege die Sorgenkinder jeder Staatspolitik ge-  
wesen. Hier muß mit Recht der Döbel einziehen, wenn  
etwas gespart werden soll. Mag auch die Eisenbahn in-  
folge der ungeheuerlichen Steigerung der Gütertarife ihren  
Etat mühelos im Gleichgewicht halten, so darf dieses Gleich-  
gewicht doch nicht lediglich auf Kosten der Tarife und da-  
mit einer untraglichen Verteuerung aller Waren erreicht  
werden. Wie ein Alarmruf wirkt die Eingabe des Ver-  
liner Magistrats an den Ernährungsminister, daß die  
neue Erhöhung der Gütertarife zum 1. Januar die Trans-  
portkosten für ein Pfund Kartoffeln von 3 auf 5 Mark  
steigert. Mehr als ein Drittel des Kartoffelpreises für den  
Transport! Und dabei stellt sich der Ausnahmestandard für  
Kartoffeln noch erheblich niedriger als der Normaltarif.  
Heute schon ist der Transport für Seefische ins Binnen-  
land so teuer geworden, daß der Verbrauch in kleineren Mengen  
unmöglich geworden ist und die Seefischerei die Preisa-  
der Ausfuhr fordern muß, um ihre Ware abzugeben.  
So geht es nicht weiter. Die Rationalisierung und Wirt-  
schaftlichmachung des Betriebes muß in anderer Weise er-  
folgen. Dabei bedeutet die Personalverminderung aber nur  
einen Weg. Der Personalbestand der Eisenbahn betrug  
vor dem Kriege 750 000 Mann, er ist trotz der Verminderung  
des Eisenbahnetzes heute auf über eine Million an-  
gewachsen. Es wäre aber ein fälliger Schritt, die an-  
geständerte Entlastung von 25 000 Eisenbahnbeamten als  
eine rasche Maßnahme anzusehen, da sie nur 2,5 Prozent  
des Gesamtpersonals ausmacht. Nimmt man hinzu, daß die  
Entlastungen in der Hauptsache flüchtige Angestellte be-  
treffen, die in Frage kommenden Beamten aber fast aus-  
schließlich von der Finanzverwaltung zum Ausbau des  
noch immer mehr anwachsenden Steuerapparates über-  
nommen werden sollen, so erhält daraus, daß irgendein  
Grund zur Beurlaubung der Beamten nicht vorliegt.  
Das Gemeinwohl erfordert vielmehr, daß der allmähliche  
und unter Vermeidung von Härten vorgenommene Beamten-  
abbau fortgesetzt wird, bis ein gegenüber dem Vorkriebs-  
stand angelegentlich der beträchtlichen Einschränkung des Ver-  
kehrsmittels nur unwesentlich erhöhter Personalbestand  
erreicht wird. Im übrigen aber wird es Aufgabe des Ver-  
kehrsministeriums sein, durch Vereinfachung des Betriebes,  
Verringerung des Leerlaufes und vor allem durch die un-  
erlässlichen Ausländerpreise auch andere Wege der Erspar-  
nis zu beschreiten.

Hierin scheint der neue Postminister Stinngl, wenn er an  
seinem Sparprogramm festhält, seinem Kollegen von der  
Eisenbahn voranzugehen. Er sieht einen weiteren Ausbau  
der Dezentralisation der Verwaltung zur Verminderung  
des Bürokratismus vor. Auch er kann natürlich nicht  
ohne Personalverminderung des bei der Post ebenfalls um 24 Pro-  
zent angeschwollenen Personalbestandes auskommen, die sich  
in denselben Bahnen bewegen dürfte wie bei der Eisenbahn.  
Beiden Verwaltungen ist die harte Vermehrung der unteren  
Beamtenstellen gemeinsam. Sie beträgt bei der Eisenbahn  
88,5 Prozent, bei der Post 85 Prozent. Müß man dagegen,  
daß sich die mittleren Beamtenstellen bei der Eisenbahn nur  
um 7,4 Prozent, bei der Post um 4,4 Prozent vermehrt, die  
höheren Stellen sich sogar um 8,9 bzw. 15,8 Prozent gegen die  
Vorkriegszeit vermindert haben, so erkennt man den Un-  
sinn der oft erhobenen Forderung, daß mit dem Abbau  
„oben“ angefangen werden müsse. Der Grundfay des sche-  
matischen Abschlusses, der Arbeitsbereitschaft gleich Arbeit  
setzt, wirkt sich gerade in den unteren Beamtenstellen in ge-  
fährlichem Maße aus, und auch bei der Post kommt man  
um die Notwendigkeit der wirklichen Durchführung der  
48-Stunden-Arbeitswoche nicht herum. Zur Ermittlung des  
wirklichen Personalbedarfes bei der Post verpricht sich der